

Unser Ziel

Wir wollen eine realistische, technologieoffene Energiepolitik umsetzen, die mit Kernkraft die Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Effizienz und Innovationsfähigkeit Deutschlands dauerhaft gewährleistet. So reduzieren wir unsere Abhängigkeit von Rohstoffen aus dem Ausland deutlich und führen Deutschlands Wirtschaft wieder zu alter Stärke.

Lassen Sie uns über die genannten Positionen der Arbeitsgemeinschaft Kernkraft sprechen. Wir freuen uns auf Ihre Beiträge!

Dr. Paul Schmidt MdB
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Kernkraft

Dr. Rainer Kraft MdB
Stellvertretender Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Kernkraft



»Weltweit sind über 60 Kernkraftwerke im Bau – warum nicht auch bei uns?«

Warum Kernkraft?

Kernkraft liefert grundlastfähigen, wetterunabhängigen und sicheren Strom zu wettbewerbsfähigen Kosten. Für einen modernen Industriestandort mit wachsendem Strombedarf ist sie ein unverzichtbarer Bestandteil eines stabilen Energieversorgungssystems. Ohne jederzeit ausreichend verfügbare elektrische Leistung sind Versorgungssicherheit, Netzstabilität und Wohlstand nicht zu halten.



FOLGEN SIE UNS

- [AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)
- fb.com/AfDimBundestag
- [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
- youtube.com/AfDFraktionimBundestag
- instagram.com/afdimbundestag/
- tiktok.com/afdfraktionimbundestag
- Rundbrief-Abonnement: afdbundestag.de/rundbrief/

Herausgeber:
Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Februar 2026

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

KERNKRAFT? WIEDEREINSTIEG JETZT!

Arbeitskreis Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit der AfD-Bundestagsfraktion



Bild: iStock / RelaxFoto.de



Bild: Adobe Stock / Kingdola

KERNKRAFT? WIEDEREINSTIEG JETZT!

Wer wir sind

Die Arbeitsgemeinschaft Kernkraft ist ein fachpolitischer Zusammenschluss innerhalb der AfD-Bundestagsfraktion. Ihre Mitglieder aus verschiedenen Ausschüssen des Deutschen Bundestages entwickeln gemeinsam tragfähige Konzepte für die Rückkehr zur Nutzung der Kernenergie in Deutschland.

Unsere Forderungen

1 ERHALT BESTEHENDER INFRASTRUKTUR

Sofortiger Stopp des Rückbaus vorhandener Kernkraftwerksstandorte

Die AfD-Fraktion hat dazu im Juni 2025 einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksache 21/386).



Technische Wiederertüchtigung und Wiederinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten Anlagen, insbesondere Isar 2, Neckarwestheim II und Emsland

Die USA haben es vorgemacht: Eine Wiederherstellung der Anlagen mit einer jeweiligen Laufzeitverlängerung auf 60 Jahre und mehr ist realistisch und wirtschaftlich umsetzbar.

2 REAKTIVIERUNG WEITERER STANDORTE

Sofortiger Stopp des Rückbaus und Prüfung der Wiederinbetriebnahme von bereits früher abgeschalteten Kernkraftwerken

Der Rückbau von Kernkraftwerken wie Brokdorf, Grohnde und Philippsburg 2 ist zu beenden; ihre Wiederinbetriebnahme muss geprüft werden. Dies gilt auch für den Salzstock in Gorleben als möglichen Standort für ein Tiefenlager. Die Weiternutzung vorhandener Standorte und Anlagen ist deutlich günstiger und schneller realisierbar als ein vollständiger Neubau.

3 NEUBAU MODERNER KERNKRAFTWERKE

Planung neuer Anlagen an vorhandenen Kraftwerksstandorten

Dabei kommen auch neue Kernkraftwerkstypen in Frage, etwa kleine modulare Reaktoren (SMR) oder Dual-Fluid-Reaktoren, die derzeit international entwickelt werden.

4 FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Wiedereinstieg Deutschlands in die Kerntechnikforschung

Wir wollen die Forschung an Reaktoren der 4. Generation, Small Modular Reactors (SMR) und an der Kernfusion intensivieren und langfristig finanziell stärken. Die Ziele einer zukünftigen Kerntechnikforschung in Deutschland sind dabei technologische Souveränität, industrielle Wertschöpfung und internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Notwendige Voraussetzung: Änderung der Rechtsgrundlagen

Das Atomgesetz verbietet zurzeit die Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland. Dies muss so schnell wie möglich geändert werden. Im Bundestag gäbe es bereits jetzt dafür eine Mehrheit, wenn die CDU/CSU-Fraktion zur Zusammenarbeit mit der AfD-Fraktion bereit wäre. Auch in den Landtagen der betroffenen Bundesländer ist eine parlamentarische Mehrheit notwendig.

Zudem muss ein Genehmigungsverfahren für die derzeit im Rückbau befindlichen Anlagen geschaffen werden, um sie technisch wiederherzustellen und in die Stromnetzinfrastruktur einzubinden. Erforderlich hierfür sind eindeutige politische Weichenstellungen, beschleunigte Genehmigungsverfahren und die Anerkennung der Kernkraft als Technologie von überragendem öffentlichen Interesse, die vorrangig reaktiviert und gefördert werden muss. Der Bau der Erdgasterminals an der Nordsee zeigte, dass die zügige Durchsetzung technologischer Großprojekte in Deutschland durchaus möglich ist.

Kernkraft und Erneuerbare Energien

Erneuerbare Energien allein können keine stabile Stromversorgung gewährleisten. Kernkraft hingegen ist zuverlässig verfügbar, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint. Sie trägt maßgeblich zur Netzstabilität bei.

Kernkraftwerke arbeiten bei Temperaturen unter 340 °C und können daher – und aus anderen Gründen – flexibel in Teillast betrieben werden. So lässt sich das Potenzial der bereits installierten Anlagen zur Nutzung der Erneuerbaren Energien besser ausschöpfen.

Mit der Nutzung der Kernkraft würde der weitere Zubau Erneuerbarer Energien überflüssig, Stromnetze und -speicher müssten nicht um- oder neu gebaut werden; das würde Hunderte Milliarden Euro einsparen. Die bereits in die Energiewende geflossenen Investitionen ließen sich so sichern und weitere Insolvenzen von Stadtwerken und Energieversorgern verhindern.